



**NIEDERSCHRIFT**  
**(öffentlicher Teil)**  
**Sitzung des Bauausschusses**  
**am Montag, 20.01.2014**

**Ort:** Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Ende:** 19:40 Uhr

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Christopher Lötsch- CDU

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Dirk Freitag- CDU  
Carl-Wilhelm Howe- Bü90  
Kerstin Metzner- SPD  
Ulrich Pluschkell- SPD  
Harald Quirder- SPD

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Ute Friedrichsen- SPD  
Nico Goldschmidt- FDP  
Roswitha Kaske- CDU  
Günter Kämer- CDU  
Oliver Prieur- CDU  
Dieter Rosenbohm- BfL  
Monika Schedel- Bü90  
Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN  
Tim Stüttgen- LINKE

Vertretung für: Herrn Dr. Brock, Ulrich

Vertretung für: Herrn Dr. Eymer,  
Burkhart

Vertretung für: Herrn Wolfgramm,  
Herbert

Vertretung für: Frau Jansen, Antje

**Verwaltung**

Dennis Bunk- GMHL  
Dr. Stefan Klotz- Stadtgrün und Verkehr

Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Karsten Schröder- Stadtplanung  
Michaela Maurer-  
Achim Selk-  
Doris Drochner-  
Jens Johannsen-  
Helmut Schünemann-  
Dieter Schmedt-  
Ulrike Schölkopf-

Nur bis Ende TOP 3.1  
Nur ÖT  
Nur ÖT  
Nur ÖT  
Nur TOP 6.3.1  
Nur TOP 6.3.1

### Protokollführung

Thomas Kaacksteen-

### Gäste

Michael Rostkowski- Nur ÖT  
Josephine von Zastrow- LN Nur ÖT  
Harald Gerstmann- Investor (Blankensee) Nur bis Ende TOP 2.1  
Hinrichsen- Planungsbüro Nur bis Ende TOP 2.1  
Lutz Lange- Initiative "Zukunft Blankensee" Nur bis Ende TOP 2.1  
Gnade- Generalplaner (Possehlbrücke) Nur TOP 6.3.1  
Dr. Lehnert- Grundbaugutachter (Possehlbrücke) Nur TOP 6.3.1

### Sonstige Personen

Gerd Maertens- Seniorenbeirat Nur ÖT  
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat Nur ÖT

### Entschuldigte Mitglieder

### stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock- CDU Entschuldigt abwesend  
Dr. Burkhard Eymer- CDU Entschuldigt abwesend  
Antje Jansen- LINKE Entschuldigt abwesend  
Herbert Wolfgramm- Bü90 Entschuldigt abwesend

### Sonstige Personen

Erika Bade- Behindertenbeauftragte Abwesend

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
  - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
  - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 16.12.2013
    - 1.3.1. Niederschriften, öffentlich vom 02.12.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
  - 2.1. Bebauungsplan 10.04.00 - Blankensee/ Alter Dorfkern -  
- Satzungsbeschluss -  
Vorlage: VO/2013/01205
3. Sonstige Beschlussvorlagen
  - 3.1. Soziale Stadt Moisling – Antrag auf weiterführende Programmteilnahme  
Vorlage: VO/2013/01193
4. Mitteilungen und Berichte
  - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
  - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
    - 4.2.1. Bahnhofspunkt Moisling und Einrichtung einer "Regio-S-Bahn Linie Lübeck"  
Vorlage: VO/2013/01188
    - 4.2.2. Parken im Wohnviertel Falkenwiese
    - 4.2.3. Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für die Erstellung eines Neubaus der Kita Marlistraße  
Vorlage: VO/2013/01222
    - 4.2.4. Aufhebung eines im Finanzplan/Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für das Projekt: Meesenring 7 / EEM  
Vorlage: VO/2013/01221
  - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
  - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
  - 5.2. Neue Anfragen
  - 5.3. Anträge
    - 5.3.1. Antrag auf Nutzung digitaler Plangrundlagen für gemeinnützige Stadtteilvereine  
Vorlage: VO/2013/01198
    - 5.3.2. Fahrradstreifen am Gustav-Radbruch-Platz in Richtung Fährstraße  
Antrag von Carl Howe - Mitglied im Bauausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Vorlage: VO/2013/01046
    - 5.3.3. Antrag aus der Bürgerschaft vom 28.11.2013:  
Wakenitzverkrautung  
Vorlage: VO/2014/01231
- 13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

## Öffentlicher Teil:

### **TOP 1      Allgemeiner Teil**

#### **TOP 1.1      Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und nimmt die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) vor und führt folgenden Mitgliedervertreter in ihr Amt ein:

Frau Monika Schedel

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

#### **TOP 1.2      Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

Die Verwaltung bittet außerdem um Aufnahme der folgenden TOP:

##### Öffentlicher Teil:

- |        |  |                      |
|--------|--|----------------------|
| 4.2.3. | Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für die Erstellung eines Neubaus der Kita Marlistraße.<br>(V) | <b>VO/2013/01222</b> |
| 4.2.4  | Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für das Projekt: Meesenring 7 / EEM.<br>(V)                   | <b>VO/2013/01221</b> |

Weiterhin bittet die Verwaltung um die Umsetzung des TOP 4.2.1 auf TOP 3.2.

##### Nichtöffentlicher Teil:

Die Verwaltung bittet um das Vorziehen des TOP 6.3.1 vor TOP 6.2.

*Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung*

*der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.*

### **TOP 1.3      Niederschriften, öffentlich vom 16.12.2013**

Herr Howe möchte den auf der Seite 11/23 (zu TOP 3.2) stehenden, folgenden Satz: „Herr Howe begrüßt auch den Vorschlag der CDU.“ nicht so stehen lassen, da er dieses so nicht gesagt habe.

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.*

### **TOP 1.3.1      Niederschriften, öffentlich vom 02.12.2013**

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift einstimmig.*

## **TOP 2      Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren**

### **TOP 2.1      Bebauungsplan 10.04.00 - Blankensee/ Alter Dorfkern - - Satzungsbeschluss - Vorlage: VO/2013/01205**

Herr Lötsch schlägt vor, erst einmal Fragen zu stellen, die dann zusammenhängend beantwortet werden sollen.

Herr Stüttgen möchte wissen, warum sich das gesamte Verfahren so in die Länge gezogen habe und was beim aktuellen B-Plan neu sei.

Herr Howe bemängelt das Zusammenfassen von mehreren Einwänden, da seiner Meinung nach der einzelne Einwand nicht so wie er gemeint war, ausgedrückt wird. Außerdem erwecke das den Anschein, als ob die Verwaltung hier steuernd eingegriffen habe. Herr Howe weist weiterhin auf formale Aspekte hin, die seiner Meinung nach nicht in Ordnung seien. Auch die Dauer des gesamten Verfahrens ist für ihn nicht nachvollziehbar. Weiterhin sieht Herr Howe das angestrebte Ziel, die Erhaltung des charakteristischen Bildes des Dorfes, als nicht erreicht an. Er vermisst auch Aussagen u.a. zum Klimaschutz und Fluglärm. Das Baugebiet soll außerdem zu nah am Knick liegen. Insgesamt würde Herr Howe den B-Plan gerne ablehnen.

*Herr Howe beantragt den B-Plan zu vertagen und nicht zu beschließen.*

Frau Kaske fragt nach der im B-Plan angegebenen Anlage 3, die in den Unterlagen nicht

enthalten sei und ob die Kombination aus Anlage 4 und 5 diese darstellen solle. Weiterhin möchte Frau Kaske wissen, wie die Grundschüler die angesprochenen Grundschulen erreichen sollen, die mehrere Kilometer entfernt seien.

Herr Stolzenberg sieht in dem vorliegenden B-Plan mehrere Punkte, die ihn nachdenklich machen. Er möchte dem anwesenden Vorstand der Initiative „Zukunft Blankensee“ Herrn Lutz Lange und dem ebenfalls anwesenden Investor Herrn Gerstmann gerne das Rederecht einräumen lassen, damit die Anwesenden sich aus einer anderen Sicht ein Bild machen können.

Frau Friedrichsen spricht den geplanten verkehrsberuhigten Bereich im Baugebiet an und wie es sich dort im Winter mit der Schneeräumung verhält, da eine festgefahrene und vereiste Schneedecke zu erheblichen Gefahren für die Fußgänger und Radfahrer werden könne.

Herr Quirder bemängelt auch, dass die Anlage 3 (Planoriginal) nicht wie bisher an die einzelnen Fraktionen versandt wurde. Weiterhin soll auf der Seite 47/147 der Beschlussvorschlag in der letzten Spalte fehlen. Herr Quirder ist auch der Meinung, dass in der Verwaltung mit dem Datenschutz nicht richtig umgegangen worden sei und er möchte wissen, wie die Verwaltung dies in Zukunft ändern wolle. In der Vergangenheit waren die Originaleinwände beigefügt und die persönlichen Daten waren geschwärzt.

Herr Senator Boden erwähnt, dass er davon ausgegangen sei, dass die Pläne in Originalgröße, wie bisher, auch an die einzelnen Fraktionen verschickt worden seien. Es soll zukünftig wieder verstärkt darauf geachtet werden.

Herr Schröder bezieht zu den Fragen und Feststellungen folgendermaßen Stellung:  
Eine detaillierte Erklärung für die Länge des gesamten Verfahrens habe er nicht, da er erst zu einem späteren Zeitpunkt mit der Planung befasst sei. Das Zusammenfassen einzelner Einwände wurde aus Gründen der Praktikabilität durchgeführt, bei Bedarf können die einzelnen Einwände bei der Verwaltung eingesehen werden. Herr Schröder wehre sich allerdings gegen die Aussage, dass die Verwaltung steuernd in das Verfahren eingegriffen habe, in dem die zusammengefassten Einwände nicht so wiedergegeben wurden, wie sie einzeln abgegeben wurden.

Herr Howe erwähnt daraufhin, dass es seinerseits keine Unterstellung an die Verwaltung gewesen sei, aber die Politik habe auch eine Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung.

Die Anonymität müsse gewährleistet sein, da die Unterlagen öffentlich ausgelegt wurden erwähnt Herr Schröder.

Frau Drochner teilt mit, dass das angesprochene Thema des Winterdienstes in der Hansestadt Lübeck per Satzung geregelt sei und in einem verkehrsberuhigten Bereich normalerweise jeder Anwohner für seine halbe Straßenseite zuständig sei.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass ein Versickern des Regen- bzw. Tauwassers nicht möglich sei, da ein geeigneter Überlauf fehle.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass die Unterlagen in der Verwaltung eingesehen werden können.

Herr Hinrichsen vom beauftragten Planungsbüro erläutert anhand des Lageplanes einige örtliche Gegebenheiten.

Herr Howe spricht noch einmal die seiner Auffassung nach fehlenden Parkplätze an und den nicht erhaltenen Dorfcharakter.

Herr Quirder stellt fest, dass es seitens der Politik viele Einwände gegen die vorliegende Vorlage gäbe.

Herr Stolzenberg fragt nach, warum die Konzepte, die 1999 und 2002 entworfen wurden, sich nicht in den Unterlagen befinden. Er sieht es als unlautere Form der politischen Arbeit.

Herr Senator Boden merkt an, dass bei den Entscheidungen die politischen Beschlüsse als Grundlage gedient haben. Weiterhin erwähnt Herr Senator Boden, dass die Landesplanung bei den Kreisen in Schleswig-Holstein oft deutlich großzügiger verfare, als z.B. in Lübeck. Die Stadtplanung habe nicht gegen Planungsgrundsätze verstoßen, sie habe die Pflicht gemäß den bisher erfolgten Beschlussfassungen des Bauausschusses den B-Plan zu entwickeln und zur Rechtskraft zu bringen.

Herr Howe teilt mit, dass er Herrn Stolzenbergs Aussagen teilweise unterstützen könne, aber die Hansestadt Lübeck müsse auch die Vorgaben der Landespolitik umsetzen und sich nicht mit anderen Kreisen vergleichen. Herr Howe wäre weiterhin dafür, diese Vorlage zu vertagen.

Herr Lötsch erwähnt, dass die Inhalte des Bebauungsplanes seit ca. 10 Jahren bekannt sei und hier eigentlich niemand von den Ausführungen der Verwaltung überrascht sein können.

Herr Lötsch stellt den Antrag, dass ausnahmsweise Herr Lange und Herr Gerstmann jeweils 5 Minuten Rederecht bekommen sollen.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig dafür.*

Herr Lutz Lange, Vorsitzender der Initiative „Zukunft Blankensee“ erklärt, dass man nicht per se gegen den B-Plan wäre, allerdings sehe er erhebliche Beeinträchtigungen des Ortsbildes und auch aufkommende nachbarschaftliche Konflikte. Seiner Meinung nach ist der zu erwartende Bedarf an Parkplätzen nicht gesichert. Herr Lange bittet am Ende seines Vortrags darum, dem B-Plan nicht in dieser Form zuzustimmen.

Der Investor, Herr Harald Gerstmann, erwähnt als erstes, dass er die Pläne in Originalgröße für die Fraktionen zur Verfügung gestellt habe. Bezüglich des Dorfbildes ist Herr Gerstmann der Meinung, dass es nicht beeinträchtigt wird. Durch die vorhandenen Gebäude seien die Neubauten nicht sichtbar. Er weist darauf hin, dass die alten Scheunen und der Silo abgerissen wurden. Weiterhin erwähnt er, dass der gemeinschaftlich erarbeitete und alles umfassende Umweltbericht nicht fehle, sondern nur auf Grund seiner Stärke (284 Seiten) nicht Bestandteil der Vorlage sei.

Herr Stüttgen glaubt, dass sich eine Neuansiedelung positiv im Bezug auf den Erhalt des momentan noch vorhandenen öffentlichen Nahverkehrs auswirken könne.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass gemäß dem Landesentwicklungsplan ein Zuwachs von 10% in Ordnung sei. Hier würde es sich aber um einen Wohnungszuwachs von 30 – 50% handeln.

Herr Schröder betont, dass die Landesplanung in ihrer Stellungnahme von 2008 zu der Planung keine Bedenken geäußert habe.

Herr Howe stellt den Antrag die Vorlage zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vertagung des Antrages:	8 Stimmen
Gegen die Vertagung des Antrages:	7 Stimmen

*Der Bauausschuss vertagt die Vorlage mehrheitlich auf die nächste Bauausschusssitzung.*

## **Beschluss:**

1. Die Bürgerschaft billigt den für den Bebauungsplan 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – erstellten Auswertungsbericht zu den im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Fassung (Anlage 1 und 2) .

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – nach § 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abtl. Archäologie, Hansestadt Lübeck (HL), vorgebracht mit Schreiben vom 27.05.11 und vom 15.10.13,
- Bereich Feuerwehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 30.05.11 und 08.07.13,
- Bereich Haushalt und Steuerung, vorgebracht mit Schreiben vom 11.07.13
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11 und
- Bereich Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- Bereich Stadtgrün und Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 07.08.13,
- Entsorgungsbetriebe; HL, vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11, 18.07.13 und vom 15.10.13,
- LLUR Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südost vorgebracht mit Schreiben vom 24.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12 und vom 06.08.13,
- Landeskriminalamt, Sachgebiet 323, Kampfmittelräumdienst, vorgebracht mit Schreiben vom 06.07.11,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1, 2, und 7 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 4 vorgebracht mit Schreiben vom 15.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 2 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und vom 13.11.13.

b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1 und 2 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 8 vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13.

c) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11 und
- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Entsorgungsbetriebe Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.13 und vom 15.10.13,
- Investitionsbank Schleswig-Holstein vorgebracht mit Schreiben vom 31.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 06.08.13,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11, vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB) und vom 06.08.13,
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11 und vom 06.08.13,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11, vom 06.08.13 und 14.11.13,
- Anwohner 1 - 9 vorgebracht mit den Schreiben vom 15.07.11 (A. 4), vom 20.07.11 (A. 1 - 3, 5 und 7), vom 21.07.11 (A. 6 und 8) und vom 22.07.11 (A. 9) und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und Anwohner 2 mit Schreiben vom 05.08.13 und 13.11.13.

Die in den beiliegenden Auswertungsberichten (Anlage 1 (Beteiligungen 2013) und Anlage 2 (Beteiligung 2011)) enthaltene Prüfung der Stellungnahmen einschließlich der Abwägungsempfehlungen werden gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein wird der Bebauungsplan in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 6) gebilligt.

3. Der Beschluss des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – durch die Bürgerschaft ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

## **TOP 3      Sonstige Beschlussvorlagen**

### **TOP 3.1      Soziale Stadt Moisling – Antrag auf weiterführende Programmteilnahme Vorlage: VO/2013/01193**

Frau Kaske merkt an, dass ihrer Meinung nach der Sozialausschuss in der Beratungsfolge fehlen würde und ob der Bauausschuss nicht das Votum hieraus abwarten solle (Ausschuss für Soziales – 04.02.2014). Frau Kaske möchte wissen, ob das Maßnahmenprogramm mit den Beträgen als Platzhalter dastehe, oder ob es sich hierbei um feststehende Beträge handele. Weiterhin möchte sie wissen ob die Finanzierung auch ohne Einbringung kommunaler Erbbauzinslöse auf jeden Fall gesichert sei.

Herr Senator Boden antwortet, dass der Ausschuss für Soziales eingebunden sei und nicht anders entscheiden würde. Zudem handelt es sich hierbei um eine 1. Stufe der Antragsstellung. Die konkreten Maßnahmen werden in einer nachfolgenden Antragsstellung zu einem späteren Zeitpunkt u.a. auch im Ausschuss für Soziales ausführlicher behandelt.

Herr Selk ergänzt, dass er Anfang Dezember 2013 im Ausschuss für Soziales darüber berichtet habe und dass die Abgabefrist für diesen Programmschritt beim Innenministerium am 31.01.2014 sei. Auch dem Jugendhilfeausschuss wurde in seiner Sitzung im Januar 2014 berichtet. Der nächste Termin zur Antragsstellung sei erst ein Jahr später am 31.01.2015. Herr Selk erwähnt weiterhin, dass die Förderrichtlinien beim Land gerade in

Überarbeitung seien.

Frau Kaske möchte noch einmal wissen, ob das Projekt nicht gefährdet sei, wenn die zusätzliche Einbringung der 175.000 Euro fällig würden.

Herr Senator Boden verweist auf die Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ übliche Finanzierung gemäß Städtebauförderrichtlinien des Landes.

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.*

**Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck beteiligt sich in 2014 weiterführend am Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ in Moisling und stellt den kommunalen Eigenanteil aus dem Investitionshaushalt zur Verfügung.

**TOP 4      Mitteilungen und Berichte**

**TOP 4.1      Mitteilungen des Vorsitzenden**

**TOP 4.2      Sonstige Mitteilungen und Berichte**

**TOP 4.2.1      Bahnhaltepunkt Moisling und Einrichtung einer "Regio-S-Bahn Linie Lübeck"  
Vorlage: VO/2013/01188**

Die Behandlung des TOP 4.2.1 wurde auf den TOP 3.2 verschoben (siehe TOP 1.2).

Herr Pluschkell spricht bei der LVS-Stellungnahme die abgespeckte Variante an und möchte diese als Bescheidgrundlage festlegen.

Herr Pluschkell stellt folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten und die Sicherung der Finanzierung mit dem Ziel der Einrichtung eines neuen Bahnhaltepunktes in Lübeck-Moisling bis 2016 und Einrichtung einer Regio-S-Bahn Lübeck im 30-Minuten-Takt voran zu treiben. Der Bürgerschaft ist rechtzeitig zu den Beratungen für den Haushalt 2015 über die tatsächlich erforderlichen baulichen Maßnahmen und deren Finanzierung zu berichten. Im weiteren Verfahren sind auch Kinder und Jugendliche gemäß § 47f GO zu beteiligen.“

Herr Stüttgen möchte wissen, um welche unter II. angesprochenen zusätzliche Bahnstation es sich handle und ob eine Querung der Gleise auch im Osten sinnvoll wäre und wie sich die Summe von 2 Mio. Euro zusammensetze.

Frau Drochner antwortet, dass weitere Haltepunkte nicht namentlich genannt seien, nur dass noch Weitere kommen könnten und eine zusätzliche Querung im Osten der Bahnstation Mehrkosten mit sich bringen würde. Bei den Kosten handle es sich um ca. 800.000 Euro pro Bahnsteig, was bei zwei geplanten Bahnsteigen ca. 2 Mio. Euro ausmache.

Herr Lötsch lässt über die Vorlage mit der von Herrn Pluschkell gemachten Änderung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

*Einstimmig*

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussvorlage mit den Änderungen zu beschließen.*

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten und die Sicherung der Finanzierung mit dem Ziel der Einrichtung eines neuen Bahnhaltepunktes in Lübeck-Moisling und der Einrichtung einer Regio-S-Bahn Linie Lübeck voran zu treiben

#### **TOP 4.2.2 Parken im Wohnviertel Falkenwiese**

Herr Senator Boden erwähnt, dass es sich im Wohnviertel Falkenwiese um ein Gebiet handle, in dem ein labiles Gleichgewicht zwischen Autofahrern, Radfahrern und Fußgänger bestünde. Bei Eingriffen von außen könne dieses Gleichgewicht nicht mehr gehalten werden. Herr Senator Boden versuche mit diesem Thema das Gleichgewicht wieder herzustellen. Er habe die Zusage gegeben bis Ende März 2014 die Gesamtsituation zu analysieren und gemacht Vorschläge aufzunehmen und ggf. umzusetzen. Bis zur Sommerpause werden Mitarbeiter der Verwaltung andere Quartiere analysieren, bei denen sich die Struktur ähnlich wie im Wohnviertel Falkenwiese verhalte.

Herr Senator Boden teilte Herrn Stolzenberg, im Bezug auf seine Mail mit, dass er gerne die geforderten Daten bei Herrn Schünemann einsehen könne.

Herr Lötsch spricht die in 2 bis 3 Jahren geplante Straßenarbeiten durch die EBL an.

Herr Senator Boden erklärt, dass 2008 ein Bauzeitenplan erstellt wurde, der 2011 als Baubeginn vorsah. Dieser Termin wurde aber mittlerweile auf 2016 geschoben.

Herr Stolzenberg möchte wissen, was der Anlass der stärkeren Kontrollen zum Jahreswechsel war.

Herr Senator Boden erwähnt einen Anstieg der Beschwerden aus dem dortigen Quartier. Zu weitem Informationen müsse Herr Senator Möller gefragt werden.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob weitere offene Veranstaltungen mit unterschiedlichen Personenkreisen geplant seien.

Herr Senator Boden bekräftigt, dass nicht nur das Parken thematisiert werde, sondern auch die Belange der Fußgänger, im Bezug auf Straßenquerungen und Personen mit Kinderwagen bzw. Rollatoren.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**TOP 4.2.3    Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für die Erstellung eines Neubaus der Kita Marlistraße  
Vorlage: VO/2013/01222**

**Beschluss:**

Der beim nachfolgend aufgeführten Produktsachkonto im Haushaltsjahr 2013 bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung – Doppik wird aufgehoben.  
Produktsachkonto: 111029.100.7851000 GMHL/ Kita Marlistraße/ EEM/ Hochbaumaßnahme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.*

**TOP 4.2.4    Aufhebung eines im Finanzplan/Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerkes für das Projekt: Meesenring 7 / EEM  
Vorlage: VO/2013/01221**

**Beschluss:**

Der beim nachfolgend aufgeführten Produktsachkonto im Haushaltsjahr 2013 bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung – Doppik wird aufgehoben.  
Produktsachkonto: 111029.016.7851000 GMHL / Meesenring 7 / EEM / Hochbaumaßnahme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.*

**TOP 4.3        Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen**

**Bebauungsplan 32.13.00 Godewind / Am Fahrenberg:**

Protokoll der Öffentlichkeitsveranstaltung (siehe Anlage).

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**Bebauungsplan 33.05.00 Priwall Waterfront – Teilbereich I**

Informationstermin über frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (siehe Anlage):

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters**

#### **TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

##### **TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

###### **5.1.1 Regio-S-Bahn (Herr Pluschkell) (5.610) (TOP 5.2.5 am 02.12.2013)**

Herr Pluschkell möchte den Stand der Dinge wissen, bezüglich der Finanzierung und der künftige Planung der Regio-S-Bahn. Gemäß Beschluss der Bürgerschaft soll diese Ende 2015 realisiert sein und über die Umsetzung ist zu berichten.

###### **Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

###### **Abschließende Antwort:**

Ein schriftlicher Bericht mit Beschlussvorschlag für die Bürgerschaft befindet sich im Verfahren und wird nach Freigabe im Senat dem Bauausschuss am 20.01.2014 vorgelegt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

###### **5.1.2 Stiftungsgelder für Baumaßnahmen in Lübeck (Herr Prieur und Herr Dr. Brock) (5.060) (TOP 5.2.3 am 18.11.2013)**

Aus Stiftungskreisen kam die Anfrage, ob Stiftungsgelder für Baumaßnahmen in der Hansestadt Lübeck nicht oder nur schwerlich abgerufen werden und ob es überhaupt eine Aufstellung gibt, wo Stiftungsgelder einfließen und eine Zusage von Stiftungsgelder, wann diese abgerufen werden können. Herr Dr. Brock erwähnt ein mögliches Herantreten an Stiftungen für die Bauunterhaltung an Schulen

###### **Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden bemängelt, dass diese Frage sehr allgemein sei und kann nur Zusagen, dass diese Thematik für den FB 5 hier zu klären sei. Herr Senator Boden sagt einer Prüfung zu.

###### **Abschließende Antwort:**

Die Verwaltung ist bestrebt bewilligte Fördermittel innerhalb der jeweils geltenden Fristen abzurufen und zu vereinnahmen. Sollte es zu Verzögerungen im Projekt- bzw. Bauablauf kommen, die die Erstellung der Verwendungsnachweise verhindern und damit die Fristeinhaltung gefährden, wird die Verlängerung der Abruffrist beantragt. Sämtliche Zuwendungen werden vom Abruf bis zum Zahlungseingang im Bereich Haushalt & Steuerung in Zusammenarbeit mit dem jeweils betroffenen Bereich überwacht.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **5.1.3 Zulassungsstelle Meesenring (Herr Gutjahr / Frau Bade) (5.660 / 5.651) (TOP 5.2.3 am 02.12.2013)**

Herr Gutjahr möchte wissen, ob es geplant sei, bauliche Veränderungen bezüglich des erhöhten PKW-Verkehrs durchzuführen, nachdem in der Bürgerschaft beschlossen wurde, die Zulassungsstelle komplett wieder zum Meesenring zu verlagern.

Frau Bade möchte zusätzlich wissen, ob ein Umbau bzw. Erweiterung speziell für Menschen mit Behinderungen geplant sei.

#### **Zwischenantwort:**

Auf Grund der Tatsache, dass dieser Beschluss erst vor 6 Tagen durch die Bürgerschaft entschieden wurde, teilt Herr Senator Boden mit, gäbe es noch keine konkreten Antworten hierauf.

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

#### **Abschließende Antwort:**

Es sind momentan keine baulichen Veränderungen bezüglich des eventuell zunehmenden PKW-Verkehrs geplant.

Bei den anstehenden Umbau- bzw. Erweiterungsmaßnahmen des Gebäudekomplexes werden die gesetzlichen Vorschriften im Hinblick auf die Barrierefreiheit vom städtischen Gebäudemanagement selbstverständlich berücksichtigt werden.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **5.1.4 Trauerforst (Frau Friedrichsen) (660) (TOP 5.2.3 am 21.10.2013)**

Frau Friedrichsen fragt nach, wann mit dem für den Herbst 2013 zugesagten Bericht zu rechnen sei.

#### **Vorläufige Antwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung zu.

#### **Abschließende Antwort:**

Im Verlauf des vergangenen Sommers haben mehrere Abstimmungstermine zwischen dem Bereich 3.820 Stadtwald und dem Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr stattgefunden. Vereinbart wurde die Prüfung von den Varianten.

- a) Einrichtung eines Bestattungswaldes im Auftrag der Ruheforst AG
- b) Einrichtung eines stadteigenen Bestattungswaldes

Eine erneute Abstimmung zwischen den beiden Bereichen hat noch nicht stattgefunden.

Der Bereich Stadtwald befindet sich bezüglich der Kosten für einen Betrieb noch im Ermittlungsprozess.

Auf Basis der aktuell von der im Bereich Stadtgrün und Verkehr erstellten Friedhofsstatistik wird die Abteilung Flächenmanagement im Laufe der vierten Kalenderwoche die Variantenprüfungen anpassen und dem Bereich Stadtwald zur endgültigen Abstimmung zuleiten, so dass im Anschluss daran mit einem Bericht an den BA zu rechnen ist.

Frau Friedrichsen bittet zusätzlich zu prüfen, ob sich Israelsdorf als Einrichtung eines stadt eigenen Bestattungswaldes eignen würde.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.1.5 Unfall Kücknitzer Hauptstraße (Herr Pluschkell) (610, 660) (TOP 5.2.2 am 16.12.2013)**

Herr Pluschkell möchte anlässlich eines kürzlich passierten Unfall in der Kücknitzer Hauptstraße wissen, warum es geplant sei die Geschwindigkeit von nun 30 km/h auf 50 Km/h zu erhöhen. Gleichzeitig möchte er eine Unfallstatistik vorgelegt haben.

##### **Vorläufige Antwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

##### **Abschließende Antwort:**

In der Sitzung des Arbeitskreises für Verkehrsfragen am 20.08.2013 wurde von der Polizei die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen (30 km/h und 7,5 t + „Linienverkehr und Anlieger frei“) für die Kücknitzer Hauptstraße und die Hochofenstraße angeregt und beantragt.

Hintergrund dieser Anregung war die seinerzeitigen Regelungen, die zu einer Zeit eingerichtet worden waren, als ein Großteil des Lkw-Verkehrs nicht direkt nach der Herrenbrücke zur Seelandstraße einbiegen konnte, um zu den Gewerbestandorten an der Seelandstraße oder im Hochofengelände zu gelangen und daher durch den Ortskern von Kücknitz fuhr. Dieses Anbindungsproblem wurde durch den Bau des Herrentunnels inzwischen gelöst. Des Weiteren wurde bereits vor Jahren ein Großteil der Fußgängerüberwege in der Kücknitzer Hauptstraße durch Signalanlagen ersetzt.

Es bestand somit spätestens im Sommer 2013 (zur Antragstellung der Polizei) nicht mehr die zwingende Notwendigkeit nach § 45 Abs. 9 StVO zur Aufrechterhaltung der Geschwindigkeitsreduzierung; zumal es sich sowohl bei der Kücknitzer Hauptstraße als auch der Hochofenstraße um eine Kreisstraße (K 4) handelt.

Die Vorlage einer Unfallstatistik ist nicht möglich. Es kann nur die generelle Aussage getroffen werden, dass nach aktueller – und damit im Januar 2014 erfolgter – telefonischer Nachfrage beim Sachgebiet 1.3 der Polizeidirektion es sich bei beiden Straßen bisher um keinen Unfallschwerpunkt handelt.

Herr Prieur berichtet, dass diese Maßnahme in Kücknitz nicht sehr gut angekommen sei und ob man im Bereich der dortigen Schulen die Geschwindigkeit wieder auf 30 km/h reduzieren könne.

Herr Johannsen erklärt, dass jede Ausnahme begründet sein müsse und wenn sich zur Querung der Straße dort eine Lichtzeichensignalanlage befindet, so gäbe es keine Begründung für eine Reduzierung.

Herr Pluschkell findet es bedenklich, dass der AKV ohne konkrete Zahlen die Geschwindigkeitsbegrenzung zurückgenommen habe.

Herr Stolzenberg fragt nach, ob es möglich sei von den AKV-Sitzungen Protokolle zu bekommen.

Herr Senator Boden erklärt, dass es sich hierbei um einen verwaltungsinternen Arbeitskreis handele. Die dort getroffenen Entscheidungen werden auch noch vom Verwaltungsvorstand abgesegnet, so dass es hier auch keine offiziellen Protokolle gäbe.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## **TOP 5.2 Neue Anfragen**

### **5.2.1 Datenschutz in der Verwaltung (Herr Quirder)**

Herr Quirder möchte noch einmal, beziehungsweise auf TOP 2.1 wissen, wie es zu solchen Vorfällen (Verstößen) in Verbindung mit dem Datenschutz kommen könne und wie damit in der Zukunft in der Verwaltung umgegangen werde (Vorgehensweise).

#### **Abschließende Antwort:**

Herr Schröder fragt nach, wo konkret der Verstoß gewesen sei. Wenn die Nennung von Klarnamen in der Vorlage (Pkt. 2.1) erfolgt sei, ist dieses versehentlich passiert und wird seitens der Verwaltung bedauert. Aktuelle Rechtsprechung stellt allerdings klar, dass die Nennung von Klarnamen keinen Verfahrensfehler im B-Planverfahren darstelle.

Weiterhin werden den Bauausschussmitgliedern auf Nachfrage die Original-Stellungnahmen per Akteneinsicht zu Verfügung gestellt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **5.2.2 Mehrgenerationenhaus in Eichholz (Herr Kämer)**

Herr Kämer spricht das abgängige Tor zur Rostockstraße an, dessen Ersatz der Stadt als Schenkung zur Verfügung gestellt werden solle und wie man damit umgehen könne.

#### **Abschließende Antwort:**

Herr Senator Boden spricht das geänderte und damit verschärfte Landesgesetz im Bezug auf Schenkungen an. Herr Kämer möge sich beim Büro der Bürgerschaft informieren, wie er zu verfahren habe.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **5.2.3 Schule Steinrade (Herr Goldschmidt)**

Herr Goldschmidt möchte den aktuellen Stand bzw. die Kosten bezüglich einer Sanierung oder eines Neubaus der Schule Steinrade wissen und ob wie die Stadtplanung die Schule im Zusammenhang mit dem dörflichen Charakter sehe.

#### **Abschließende Antwort:**

Herr Senator Boden erklärt, dass die Stadtplanung nur zu den Rahmenwerten eine Stellungnahme abgeben werde und die Fachgremien entscheiden würden. Der FB 5

wird auch erst die fachliche Meinung abwarten, bevor er eine Stellungnahme nach Außen abgibt.

Kostengegenüberstellung:

Kosten für eine Containergestellung für 18 Monate  
(ca. 178.500 Euro - Brutto).

Grobkostenschätzung der Gesamtsanierungskosten Bestandsgebäude  
(bis zu ca. 1.414.000 Euro).

Kosten für einen Schulneubau konventionell (1.144.000 Euro).

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.4 Erweiterung des Lübecker Yachtclub (Herr Howe) (5.610)**

Herr Howe möchte wissen, in welcher Form, bzw. wie weit sich der Lübecker Yachtclub vergrößern wolle.

**Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.5 Meesenplatz (Herr Howe) (5.660 / 5.610)**

Herr Howe bemängelt den hohen Bordstein, wenn man von der asphaltierten Straße am Meesenplatz abbiegt. Es möge geprüft werden, ob die dortige Fläche zum Überfahren geeignet sei und umgebaut werden könne.

**Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden erwähnt, dass bisher weder Umbauwünsche noch Beschwerden an die Verwaltung herangetragen worden seien, aber er sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.6 WC-Anlage auf dem Marktplatz / Markttwiete (Herr Freitag) (5.610)**

Herr Freitag möchte wissen, wie weit die Planungen bezüglich der Umsetzung der WC-Anlage in der Markttwiete seine uns was diese Umsetzung kosten würde. Die EBL sollen dafür nicht zuständig sein.

**Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.7 Grundstück Seelandstraße (Herr Prieur) (5.660 / 5.631)**

Herr Prieur spricht das Grundstück in der Seelandstraße an, welches momentan als Containerabstellplatz und für die Lagerung von Erdaushub genutzt wird. Von der Bauordnung habe er keine Auskunft erhalten. Es soll aber eine zeitlich befristete Nutzungsgenehmigung gegeben haben, die aber schon abgelaufen sei. Nach seiner Anfrage wurde diese Befristung neu eingebracht. Eigentümer der Fläche soll zu 50% ein Unternehmen sein und zu 50% die Hansestadt Lübeck (Stadtwald).

Herr Prieur möchte wissen, ob eine Änderung des Flächennutzungsplanes angedacht sei oder ob es einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan geben werde.

Es handelt sich hierbei um die Flurstücke 121 + 123.

**Zwischenantwort:**

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.8 Grünfläche Labradorweg / Grönlandstraße (Herr Lötsch)**

Herr Lötsch möchte Informationen bezüglich der gerodeten Fläche in Travemünde (Labradorweg / Grönlandstraße).

**Abschließende Antwort:**

Siehe Anlage (Pressemitteilung).

Herr Howe fragt, ob diese Maßnahme in 8 Jahren wiederholt werden würde. Herr Senator Boden moniert, dass sich die betroffenen Anwohner nicht bei der Verwaltung beschwert hätten, als der gesamte Unrat dort abgeladen wurde.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.9 Baumfällarbeiten im Gutsweg (Herr Stolzenberg)**

Herr Stolzenberg möchte wissen warum die eine Linde im Gutsweg gefällt wurde.

**Abschließende Antwort:**

Frau Maurer berichtet, dass das untere Drittel des Stammes von Fäulnis befallen war, was eine Fällung unumgänglich machte.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**TOP 5.3 Anträge**

**TOP 5.3.1 Antrag auf Nutzung digitaler Plangrundlagen für gemeinnützige Stadtteilvereine  
Vorlage: VO/2013/01198**

**Antrag:**

Der Bauausschuss der Hansestadt Lübeck beauftragt den gemeinnützigen Verein „Initiative für Lübecks ländlichen Raum e.V.“, seine Gestaltungsideen für die Ortslage Kronsforde auf einer digitalen Plangrundlage zu visualisieren und vorzustellen, um eine Abstimmung mit den betroffenen Dienststellen und Fachbehörden vornehmen zu können. Dazu sind dem Verein seitens der Verwaltung die digitalen Planunterlagen (ALKIS-Daten, topografischer Bestand) im dxf-Format zur Verfügung zu stellen, sofern dadurch der Stadt keine Kosten entstehen.

Herr Lötsch lässt über die Befangenheit von Herrn Stolzenberg im Bauausschuss abstimmen (Herr Stolzenberg ist Mitglied / Vorsitzender des besagten gemeinnützigen Vereins).

*Der Bauausschuss stimmt mit 11 Ja-Stimmen für die Befangenheit von Herr Stolzenberg.*

Herr Stolzenberg verlässt den Sitzungssaal.

Herr Goldschmidt fragt, ob es urheberrechtliche Bedenken gäbe. Grundsätzlich findet er die Idee nicht schlecht, nur eine Beschränkung auf einen Verein wäre nicht in Ordnung.

Herr Senator Boden erklärt, dass die Möglichkeit z.B. bei Katasterausschnitten bestehe, diese gegen eine Gebühr von der Verwaltung zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Herr Freitag spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Prieur erwähnt, dass sonst die Möglichkeit bestünde, dass z.B. Architekten einen gemeinnützigen Verein gründen und alle Daten dann kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen würden, anstelle sich diese bei der Verwaltung für eine Gebühr zu besorgen.

Herr Dr. Klotz erklärt, dass das Land diese Daten der Stadt auch kostenlos zur Verfügung stelle und daher nicht unbedingt ein Vergleich mit den Katasterdaten zu ziehen wäre. Im Übrigen sei der hier vorgelegte Weg eines politischen Beschlusses die einzige Möglichkeit für die Verwaltung, dem Verein die Daten überhaupt zur Verfügung zu stellen.

Herr Lötsch merkt an, dass ein kostenloses zur Verfügung stellen durch die Bürgerschaft im Allgemeinen beschlossen werden müsse. Der Bauausschuss kann keinen Verein beauftragen Gestaltungsideen zu entwickeln.

Herr Pluschkell spricht die Zuständigkeitsverordnung an. Der Bauausschuss arbeitet der Bürgerschaft zu, welche dann beschließen muss.

Frau Friedrichsen moniert, dass der nächste Schritt der wäre, dass diese gemeinnützigen Vereine dann statt der Verwaltung tätig werden und von dieser dann auch noch eine sogenannte Entlohnung fordern.

Herr Senator Boden verweist ebenfalls auf die Planungshoheit der Gemeinde und damit die Hoheit der Verwaltung.

Herr Lötsch lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag:	0 Stimmen
Gegen den Antrag:	12 Stimmen
Enthaltung:	1 Stimme

(Anmerkung: Herr Stolzenberg befand sich auf Grund seiner Befangenheit nicht am Platz und Herr Kämer war bei der Abstimmung kurzfristig nicht anwesend – daher nur 13 Stimmen).

*Der Bauausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.*

**TOP 5.3.2 Fahrradstreifen am Gustav-Radbruch-Platz in Richtung Fährstraße  
Antrag von Carl Howe - Mitglied im Bauausschuss für die Fraktion  
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Vorlage: VO/2013/01046**

**Antrag** von Carl Howe, Mitglied des Bauausschusses:

Der rechte Fahrstreifen (am Gustav-Radbruch-Platz), Richtung Fährstraße, wird bis zum Zebrastreifen gesperrt, so dass nur ein Fahrstreifen für den Pkw-Verkehr zur Verfügung steht. Danach wird durch einen roten Belag ein Fahrradstreifen markiert.

Der Antrag soll im Arbeitskreis Verkehr besprochen werden und danach dem Bauausschuss zur Entscheidung wieder vorgelegt werden.

Herr Johannsen erläutert den Sachverhalt anhand der in der Anlage befindlichen Dokumente.

Herr Howe erklärt, dass es ca. 1-2 Wochen nach seinem Antrag zu einem Unfall mit einem Radfahrer gekommen sei.

Herr Lötsch spricht das Fahren für Radfahrer nur in eine Richtung an. Weiterhin möchte Herr Lötsch wissen, ob es zu einem größeren Rückstau in den Gustav-Radbruch-Platz kommen würde, wenn es nur eine Fahrspur in Richtung Burgtor geben würde.

Herr Johannsen bemerkt, dass es darüber keine konkreten Aussagen / Erhebungen gäbe. Sollte es aber zu einer Verlegung der Radfurt kommen, dürfe nach neuem Recht nur eine Fahrspur gequert werden.

Herr Stüttgen denkt über eine eventuelles Splitting des Radweges auf der Insel nach.

Herr Lötsch lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag: 4 Stimmen

Gegen den Antrag: 11 Stimmen

*Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.*

**TOP 5.3.3 Antrag aus der Bürgerschaft vom 28.11.2013:  
Wakenitzverkrautung  
Vorlage: VO/2014/01231**

Herr Pluschkell verweist auf das Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Herr Lötsch lässt über den folgenden Wortlaut abstimmen:

(„Der Antrag der Fraktion Die Linke wird abgelehnt und das Thema Wakenitzverkrautung erneut im Ausschuss behandelt, sobald sich neue Erkenntnisse ergeben.“)

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

*Der Bauausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.*

Herr Lötsch bittet nach dem TOP 5.3.3 um eine Unterbrechung (18:35 Uhr).

**TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst hat.

Lübeck, den 4. Februar 2014

Vorsitz

Thomas Kaacksteen  
Protokollführung